

Resolution

verabschiedet bei der Landesfrauenkonferenz im Mai 2025

Nein heißt Nein: Gewalt gegen Frauen stoppen!

Gewalt gegen Frauen ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sie ist tagtägliche Realität. Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt nimmt permanent zu, allein im Jahr 2023 wurden über 180.000 Mädchen und Frauen bundesweit Opfer häuslicher Gewalt, dies ist ein Anstieg von 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Und das sind nur die amtlich erfassten Gewalttaten, die Dunkelziffer liegt ungemein höher.

Gewalt hat viele Gesichter: vom Mobbing in der Schule oder im Internet über Psychoterror, Stalking, (sexualisierte) Gewalt in der Familie bis hin zu anonymen (sexuellen) Gewalttaten, Femiziden etc. Die Liste ist lang! Und die Hürden für Betroffene, die sich Hilfe suchen wollen, sind oft einfach zu hoch. Sei es Scham, Ratlosigkeit, Desinformation, finanzielle Unsicherheit oder einfach Angst – viele Opfer (und somit auch die Täter) bleiben unbemerkt und unerkannt.

Auch wenn das Thema in den letzten Jahren deutlicher in der Öffentlichkeit dargestellt wurde: Längst nicht alle Menschen sind dafür sensibilisiert. Opfer von Gewalt müssen sich häufig anhören, sie seien selbst schuld. Oder die Beschimpfung, die Bedrohung, der körperliche Übergriff sei nicht so gemeint gewesen, frau solle sich nicht so anstellen.

Die Frauen im VdK sagen NEIN! Nein zur Fremdbestimmung von Frauen, Nein zur Bagatellisierung von Gewalt jeglicher Art! Die Hilfsangebote für die Opfer müssen sehr niedrigschwellig, völlig unbürokratisch, garantiert anonymisiert, barrierefrei zugänglich und vor allem kostenlos sein.

Damit Frauen besser geschützt werden, damit Frauen Gewalt nicht als etwas Selbstverständliches oder Unvermeidbares akzeptieren, damit allen Opfern von Gewalt eine Stimme gegeben wird, fordern die Vertreterinnen der Frauen des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen:

- Ausbau und Unterhalt von Frauenhäusern, die Betroffene kostenfrei aufnehmen, flächendeckend in Hessen und Thüringen!
- Ausbau von Beratungs- und Notanlaufstellen, natürlich barrierefrei!
- Thematisieren statt tabuisieren: Aufklärung in der Schulbildung verankern!
- Härtere Strafen für Täter, verbesserter Schutz für Frauen!

- Prävention und flächendeckende Angebote für potenzielle Täter und verpflichtendes Anti-Aggressivitätstraining für Täter!
- Früheres Eingreifen der Strafbehörden ermöglichen: Es darf nicht erst „etwas passieren“, bevor für Schutz gesorgt wird.
- Vorhalten bzw. zur Verfügung stellen von sozialem Wohnraum für Frauen, die die Frauenhäuser verlassen können!
- Umsetzung und Einhaltung der Istanbul-Konvention in all ihren Bereichen, insbesondere im Bereich Opferschutz!
- Kürzung der Verfahrensdauer, insbesondere bei Verfahren, in denen Kinder involviert sind!
- Flächendeckende Einführung der anonymisierten Spurensicherung und Spurenspeicherung!